

**BERLIN.** Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) mischt sich vorerst nicht in den Streit um das Unkrautgift Glyphosat und seine Zulassung in der EU ein.

„Im letzten Sommer gab es eine gemeinsame Risikobewertung der zuständigen Geschäftsbereiche des Landwirtschafts- und des Umweltministeriums, die einem Einsatz nicht entgegensteht“, teilte das Bundesgesundheitsministerium auf Anfrage in Berlin mit. „Da sich an den Fakten seitdem nichts geändert hat, sehen wir keine neue Sachlage, die dieser Bewertung entgegenstehen sollte“, hieß es in der Stellungnahme.

Die EU-Zulassung für Glyphosat läuft Ende Juni aus. Die SPD-Minister wollen sie weder verlängern noch erneuern. Die weit verbreitete Chemikalie steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Deutschen Experten zufolge besteht bei sachgerechter Anwendung aber keine Gefahr für Verbraucher. Agrarminister Christian Schmidt (CSU) verweist wie das Gesundheitsministerium auf diese Risikobewertung.

Die Sozialdemokraten begründen ihr Nein mit dem Vorsorgeprinzip: Solange der Verdacht im Raum stehe, dass Glyphosat gesundheitsschädlich sei, dürfe es nicht zum Einsatz kommen. Zudem hat das Umweltressort Bedenken wegen der Auswirkung auf die biologische Vielfalt.

Die Opposition im Bundestag warf dem Gesundheitsminister vor, sich um seine Verantwortung zu drücken. „Die Gesundheit der Bürger ist eindeutig sein Aufgabenbereich“, sagte Grünen-Agrarexperte Harald Ebner der Deutschen Presse-Agentur. Dass Gröhe auf andere Ministerien verweisen lasse, sei inakzeptabel. Er müsse Farbe bekennen und den Widerspruch gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Landwirtschaftsminister Schmidt wagen.

Auch Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) hatte angemerkt, der Bundesgesundheitsminister sei „seltsam ruhig“ geblieben. Wenn die Regierung sich nicht einigt, muss sich Deutschland bei einer Abstimmung in Brüssel enthalten. Vergangene Woche war eine Abstimmung bereits ausgefallen, weil die notwendige Mehrheit der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht zustande gekommen war. (dpa)

Nach kontroverser, von erheblicher Skepsis begleiteter Debatte hat der Ärztetag den Vorstand der Bundesärztekammer erneut beauftragt, Verhandlungen zur GOÄ-Reform fortzusetzen. Der Ausgang bleibt allerdings völlig ungewiss.

**VON HELMUT LASCHET**

**HAMBURG.** Unter enger Einbindung der Berufsverbände und wissenschaftlicher Fachgesellschaften wird die Arbeit an einer Reform der GOÄ fortgesetzt. Dies hat der Ärztetag – nach kontroverser, von erheblichen Bedenken begleiteter Diskussion – am Mittwochnachmittag beschlossen.

Neu ist vor allem die Verhandlungsführung: Die politisch-strategische Verantwortung liegt beim Präsidenten der Bundesärztekammer, der am Dienstag vor Eintritt in die Tagesordnung mit einem Abwahlenantrag konfrontiert worden war, für den jedoch nur eine kleinere Minderheit des Ärztetages gestimmt hatte. Die operative Arbeit liegt in der Verantwortung des neuen Vorsitzenden der Gebührenordnungskommission, Dr. Klaus Reinhardt.

Wesentliche Bedingungen für die Zustimmung der Ärzteschaft zu einem gemeinsam mit PKV und Beihilfe erarbeiteten Reformentwurfs sind:

- Leistungslegenden und -bewertungen sowie die neue Steigerungssystematik müssen den medizinisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen des Jahres 2016 entsprechen;
- die Bewertung muss einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation folgen;
- patientenindividueller Zusatzaufwand muss in Zusatzleistungen oder durch Steigerungsfaktoren abgebildet werden können;
- sprechende Medizin und Leistungen der Grundversorgung müssen besser als bisher bewertet werden;
- die Aufgaben der gemeinsamen Kommission von Ärzten, PKV und Beihilfe müssen auf die Erarbeitung konsentierter Empfehlungen zur Weiterentwicklung der GOÄ beschränkt werden.

Nach wie vor umstritten bleibt, ob die Bundesärztekammer nicht weit- aus offensiver eine Erhöhung des Ho-



Dr. Klaus Reinhardt beschreibt den Weg zur GOÄ-Reform. © DOMINIK REIPKA



### Dicht dran und digital

- **Video-Interview** mit Reinhardt [www.aerztezeitung.de/911848](http://www.aerztezeitung.de/911848)
- **Die schönsten Bilder** [aerztezeitung.de/bildergalerie](http://aerztezeitung.de/bildergalerie)
- **Alle Berichte im Überblick** [aerztezeitung.de/aerztetag16](http://aerztezeitung.de/aerztetag16)

norarniveaus fordern sollte. Im Raum steht derzeit eine als tolerabel empfundene Erhöhung um 5,8 Prozent. Nicht präzisiert ist, was die Ausgangsbasis für diese Wachstumsrate sein soll, die sich auf einen Zeitraum von drei Jahren erstrecken soll. Kritisch wurde dazu angemerkt, dass Kassenärztliche Vereinigungen in Verhandlungen mit den Kassenverbänden derzeit jährliche Abschlüsse von etwa vier Prozent Honorarzuwachs erzielen können, so der baden-württembergische KV-Vorsitzende Dr. Norbert Metke.

Bei vielen Delegierten herrscht der Eindruck vor, dass in der dreijährigen Einführungsphase eine Art Budget gilt, was jedoch von Reinhardt energisch bestritten wurde. Ebenso unklar bleibt, welche Folgen Überschreitungen der Wachstumsrate auslösen sollen: Punktwertabsenkungen oder differenzierte Abwertungen bei bestimmten Leistungen.

Angesichts der komplexen Aufgabenstellung, die insbesondere auch die Beschaffung von umfassendem Datenmaterial zur Privatabrechnung einschließt, wurde ein bis zum Jahresende reichender Zeitplan für einen konsentierten Entwurf von Reinhardt selbst als nicht verbindlich eingestuft.